

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919

19.4.1919 (No. 93)

Expedition:
Karlsruher
Str. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich:
Hauptredakteur
E. A. M. e. n. d.
Druck
und Verlag:
G. Braun'sche
Hochsch.
Druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: vierteljährlich 5.40 M.; durch die Post im Gebiete
des Reichs 5.80 M.; außerhalb 6.20 M. ...

Des Osterfestes wegen erscheint
unser nächstes Blatt am Dienstag abend.

Das Wichtigste.

Der Kampf um München.

* Wie der „Deutsche Allg. Ztg.“ gemeldet wird, haben be-
jüngerte Nachrichten, die bei der Regierung Hoffmann
eingelaufen sind, diese veranlaßt, ihren Widerstand gegen die
Bildung eines Freikorps in Bamberg jetzt aufzugeben. In
München herrschte der furchtbarste Terror. Eine ganze An-
zahl von Bürgern, von Arbeitern und Soldaten seien bereits
erschossen. Die Lebensmittel, welche die Regierung Hoffmann
nach München leitete, um die Bevölkerung davor zu bewahren
den Hunger zu leiden zu lassen, wurden von diesen
beschlagnahmt und für die rote Garde verwendet. Dem
„Berl. Lokalanz.“ zufolge wurde die Lebensmittelwegnahme
in Gastwirtschaften und bei den Beständen von der kommuni-
stischen Regierung angeordnet. Zu einem größeren Zusam-
menstoß zwischen der roten Garde und Truppen des 7. Inf.
Regts. soll es, wie aus Nürnberg verschiednen Morgenblättern
berichtet wird, bei Freising gekommen sein. Nach Mitteilung
eines Gewährsmannes des „Berl. Tagbl.“ will die Regierung
Hoffmann einen entscheidenden Schlag erst führen, wenn
30 000 Mann die Stadt eingeschlossen haben. Die Münchener
sehen den kommenden harten Kämpfen mit Bangen entgegen.
Sie befürchten, daß die Spartakisten sich bei einem Rückzug
in die Finalstapel und andere Kunstgebäude flüchten würden,
um die Regierungstruppen zu zwingen, diese Gebäude anzu-
greifen.

Von einem aus München zurückkehrenden Augsburgener wird
den „Augsburger Neuesten Nachrichten“ mitgeteilt: Am Dien-
stag abend und am Mittwoch morgen wurde in ganz München
Sturm geläutet, da es hieß, die Weiße Garde sei im Anmarsch.
Bei Pasing und an der ganzen Nord-Peripherie der Stadt sind
Schützengraben angelegt und Drahtverhaue angelegt. Vom
Führer der Regierungstruppen soll ein Ultimatum an die Re-
gierung in München gestellt worden sein, das bis gestern abend
9 Uhr bedingungslos Übergabe forderte. Heute morgen soll
der Kampf beginnen. Man rechnet sogar auf einen Eingriff
kaiserlicher Truppen von Trol aus. Das bekannte Hotel
„Stadt Wien“ ist in ein Lazarett umgewandelt. Die rote
Garde hat nach einer anderen Meldung nunmehr mehrere
15 cm-Kanonen auch am Hauptbahnhof aufgestellt. Eine An-
zahl mit Spartakisten besetzte Lastautomobile fuhr in die
umliegenden Dörfer, um Lebensmittel zu requirieren. Auch
in Garmisch-Partenkirchen versuchten sie einen Einfall, die
Bürgerwehr schickte aber die Angreifer mit blutigen Köpfen
wieder heim.

Bestandteile des 4. und 18. Infanterieregiments haben sich
in Donauwörth mit dem Detachement Prospektmaier vereinigt.
Dieses umfaßt jetzt alle Waffengattungen. Das Detachement
ist, wie jene in Neu-Ulm, Neuburg und Nördlingen usw. von
der Regierung Hoffmann aufgestellt, um die Ruhe in Bayern
herzustellen. Sie sind keine sogenannte Weiße Garde. Die
Truppen tragen Stahlhelme. Das 23. Infanterieregiment
wird erwartet. Das 12. Infanterieregiment Neu-Ulm passierte
heute früh selbstermächtig ausgerüstet mit Automobilen und
Maschinengewehren den hiesigen Bahnhof.

Die englischen Gewerkschaften für Auf-
hebung der Blockade.

* Dem Amsterdamer „Allgemein Handelsblad“ wird aus
London gemeldet, daß der Dreierbund der Gewerkschaften be-
schlossen habe, beim Parlamentarischen Ausschuss des Gewerkschaftskon-
gresses darauf zu dringen, daß in einer besonderen Konferenz
die Aufhebung der Blockade gefordert werde.

Zur Unterzeichnung des Friedens-
vertrages.

Der „Secolo“ erfährt von ausländischer Seite, daß als Tag
der Unterzeichnung des Vorfriedensvertrages endgültig der
10. Mai bestimmt ist. Man wolle den deutschen Delegierten
zwei Wochen Zeit lassen, um zu verhandeln. Die Unterzeich-
nung erfolge in feierlicher Weise im Spiegelsaal zu Ver-
sailles. Unmittelbar nach der Ratifizierung wird Präsident
Wilson den französischen Boden verlassen.

In einem offiziellen Kommentar des „Comme Libre“ wird
erklärt, die Deutschen würden nicht lange in Frankreich weilen
und ungefähr 10 Tage würden für ihre einfache Aufgabe ge-
nügen. Sie hätten lediglich ja oder nein zu sagen bei allen
Bedingungen der Entente hinsichtlich der Garantien und der
Wiedergutmachungsfrage. Nur in den Fragen nach der Art,
wie sie von den deutschen Delegierten zur Durchführung der
angewonnenen Bedingungen als angebracht betrachtet würde,
sei eine Diskussion zulässig.

Hierzu bemerkt der „Vorwärts“: Sollte diese Meldung rich-
tig sein, — und es bestehen gute Gründe, sie für richtig zu
halten, — so wird sie selbstverständlich auf die Dispositionen
der deutschen Regierung entsprechende Rückwirkungen haben
müssen. Um einen Diktatfrieden entgegen zu nehmen, dazu
bedarf es nicht des Aufwandes einer großen Friedensdelegation,
sondern es wird genügen einen zuverlässigen Kurier nach
Versailles zu schicken, der das Schriftstück in Empfang nimmt.

Elternvereine.*

Von Realschuldirektor Dr. Proßner, Säckingen.

In raschlebiger Zeit leben wir. Fragen, die Jahrzehnte und
Jahrhunderte lang Geist und Gemüt der Ahnen bewegt haben,
wollen vom heutigen Geschlecht ungestört und entscheidend
beantwortet werden. Gordische Knoten werden täglich zer-
hanen, wir streben mit Macht aus dem Dunkel ins Helle.
Es ist richtig: Allzulang haben wir in der Luft der Erwägung-
en und schwebenden Verhandlungen verharret. Darob unge-
duldig, wollen wir Taten sehen. Und mögen die Taten aus
auf Umwege und Irrwege führen, der heutige Mensch folgt
ihnen gläubigen Vertrauens, daß rechter Sinn das rechte Ziel
einmal doch finden werde. Politisch und kulturell wurden wir
schläfrige Deutsche hellhörig und scharfsichtiger, und prüfen
allenfalls um uns und in uns, was Bestand behalten und
wem die Dauer versagt werden soll.

Alle Mängel sind uns auch auf dem Gebiete der Erziehung
und des Unterrichts aufgefallen, und vielfachige Forderungen
heischen auch hier plötzliche Erfüllung. Was großen Schul-
männern früherer Zeiten an Idealen vorschwebte, soll über
Macht sich zur Wirklichkeit gestalten. Welcher Einsichtige lächelt
nicht, wenn er liest, daß die Leipziger die Einheitschule
von heute auf morgen eingeführt haben. In Hamburg
wurde vor einigen Monaten der Religionsunterricht aus den
Schulen entfernt und gestern verlangt ihn wieder die Bürger-
schaft mit großer Mehrheit und setzt ihn an die alte Stelle.
Alles laufende Verurtheile, die die Naturwege der Entwicklung
verlassen und darum Bildungsfortschritt einschlagen. Dafür
sollte das Objekt der Verurtheile, die Jugend, zu gut sein. Ihr
Geist wird am leichtesten revolutioniert und stellt sich am
schwersten auf Evolution ein. Als ewige Forderungen der
Erziehung bleiben bestehen: Kraft und Gründlichkeit. Auch
die stürmischen Dränger des Neuen gehen nicht an der Ver-
minderung mancher Teile unserer Jugend — aus allen Stän-
den — brüder. Die Macht der Älteren, wünschen auch sie,
muß sich wieder geltend machen. Dann aber müssen diese
Älteren — Eltern und Lehrer — in Einklang geraten. Wenn
Väter und Mütter sich streiten, sucht das Kind seinen Vorteil
dabei, und es ist auch der lauchende Dritte, wenn Schule und
Haus sich nicht miteinander vertragen. Ist nicht der Ungeist
der toten Unterordnung, des Mißtrauens und der Lüge, den
der verlassene preussische Minister für Kunst, Wissenschaft und
Vollbildung, Adolf Hoffmann, in so schönen Worten als den
Geist der heutigen Schule, im besonderen der höheren Lehr-
anstalten, bezeichnet, auch mit durch das Mißverhältnis von
Haus und Schule geschaffen worden? Hoffmanns Allheilmittel
dagegen waren „Schulgemeinde, Schülerräte“. Aus englisch-
amerikanischem und vor allem russischen Rezept zusammen-
geleitet, sollen sie beflagtem Ungeist zu Leibe gehen. Ein
loftiger Rahmen für ein verformtes Bild. Die englisch-
amerikanische Schulgrundidee ist von Anfang an von der un-
sern verschieden, das russische Vorbild aber löst nicht auf
seine Spuren. Da geht es ja, wie Oberlehrer Robin neulich
schilderte, recht hübsch einladend zu: Eltern und Schüler, die
allein Maßgeblichen in der Schule, Lehrerbund auch mit durch
Schüler, Beseitigung aller Lehreraufsicht, Abhängigkeit der
Lehrer auch vom Schuldienste als dem Vertreter des Volkes,
Fragen des Lehrers an die Schüler sowie Notengebung durch
Klassen verboten, Versuchen auch bei ungenügenden Lei-
stungen und dabei auch Zustimmung durch die Schüler, Ver-
minderung der Fremdsprachen bis auf eine, Abschaffung der
Prüfungen, Köpfung der Anhalten um die obersten Klassen
zur Erzielung offenbar frühzeitiger Reife — und dergleichen
Annehmlichkeiten des Schullebens mehr. Wer ginge da nicht
gern nochmals in die Schule? Der Jubrum zum Lehrberuf
wird in Anspruch gewiß lebensfähig. Solche Ge-
wungenheiten — um das zu Tode gehetzte Wort zu gebrau-
chen — werden in Preußen, an dessen Grenzen die russische
Dampfkeule dränend steht, allerdings etwas verstim-
mend wirken. Es ist bemerkenswert, daß der Widerspruch
gegen die „Schulgemeinde“ sich — von den Lehrern abge-
sehen — aus den Reihen der Eltern und selbst der Schüler
erhoben hat. Eine Reihe von Anhalten haben die Bildung
derartiger Einrichtungen abgelehnt, und der Erlass Hoffmanns
hat durch seinen Ministergegnen Hamisch denn auch bereits
eine Abschwächung erfahren. Wir in Baden sind von der
Schülerbewegung bislang noch nicht stark berührt worden. Man
hat zwar einiges über Entleeren von Schülerräten in weni-
gen größeren Städten gelesen, über die Anfänge ist die Sache
aber anscheinend nicht hinausgekommen. Sagen wir es aber
schlanweg: Das Ziel des Hoffmannschen Erlasses ist richtig
gesetzt, sein Grundgedanke berechtigt; über die Straße, die
zum Ziel führt, über die Form wird man sich weiter unter-
halten müssen.

Dies Ziel heißt Vertrauen, Kameradschaftlichkeit,
ja Freundschaft zwischen den drei Faktoren, Schü-
lern, Eltern und Lehrern. Nehmen wir nun einen
kleinen Umweg vom Herzen des Schülers zum kühlen Kopf
des Lehrers, so führt dieser eben über die natürlichen Ver-
mittler, die Eltern hin. Auch die Beziehungen von Eltern
und Lehrern haben ihre Geschichte, und sie ist meistens nicht
ergötzlich zu lesen gewesen. Wieviele Unklarheiten, Verstüm-
mungen, Mißverständnisse und schließlich Zerwürfnisse, stehen
auf den Mätern dieser Geschichte! Beim Lehrer das Ge-
fühl, vom andern Teil nicht gewürdigt zu sein, bei den Eltern

* Wir geben in der lebhaften Aussprache über die Schule
und was damit zusammenhängt, aus dem nachstehenden Ar-
tikel Raum, ohne uns mit seinen Ausführungen im Einzelnen
zu identifizieren oder der Stellungnahme der Regierung vor-
zugreifen.

die Anschauung, vom Lehrer als von dem kalten, mechani-
schen Amtsmenschen, der den Kindern zwar ein gewisses Maß
von Kenntnissen vermittelt, sie aber mehr damit persönlich
zu quälen und belästigen als zu erfreuen scheint. Gerade die
bewußte oder unbewußte Überlegenheit des Lehrers in Er-
ziehungs- und Unterrichtsdingen entfernt ihn so oft von
Eltern und Schülern; jede Überlegenheit wirkt ja meist auf
die andern unbequ岸lich und fremden ein. Daraus ist wohl
auch teilweise die Scheu zu erklären, die viele Eltern ab-
hält, an die Lehrer ihrer Kinder heranzutreten. Tausende
von Eltern gibt es, ja, die niemals mit Lehrern ein
Wort wechseln, mit den Menschen, denen sie das
Beste, was sie haben, anvertrauen.

Und dieser Zustand dauert oft jahrelang fort. Ist das in
kleineren Orten, wo fast jedermann den oder die Lehrer
kennt, und wo sich feststehende Meinungen über ihn daher
leichter bilden, nicht einmal so sehr von Belang, so doch ganz
anders in Großstädten. Auch da führen Eltern oft keine Ge-
legenheit herbei, den Lehrer kennen zu lernen, sie schauen
dem Manne nie ins Auge, der ihre Kinder zu tüchtigen Men-
schen mit heraufzubilden soll. Das sind Dinge, die sich zwar
erklären, aber nicht entschuldigen lassen. Im Geschäftsleben
mögen dieselben Leute sehr genau handeln und auch beim klei-
nen Handel sich Verkäufer und Ware peinlich ansehen, im
„Erziehungsgeschäft“ aber verlassen sie diesen Grundfals. Doch
werden sich auch solche Eltern meistens ein Urteil über
die Lehrer erlauben, den sie also nur aus Erzählungen — An-
mündiger noch dazu — kennen. Es ist gewiß nicht häufig
böser Wille, der sie dazu verleitet, die Berichte ihrer Kinder
gutgläubig hinzunehmen, Berichte, die zwar Tatsachen ent-
halten können, aber fast nie die Begründung, das Wichtigste
zu geben vermögen. So werden viele falsche Schlüsse über
einzelne Lehrer oder die Schule überhaupt gezogen; und
wer leidet schließlich am meisten unter den falschen Verhält-
nissen, die daraus entstehen? Wer anders als eben dieselben
Kinder, deren kurzfristige Angaben nie überprüft, deren kind-
liche, schülerhafte Anschauungen nie berichtigt werden. Nein,
es gibt keine stichhaltigen Gründe, die die Eltern zu solchen
Verhalten berechtigen, mögen sie nun Bequemlichkeit, Scheu
davor, Unangenehmes zu hören, Stolz, nicht als Witzkorn,
wie man glaubt, erscheinen zu wollen, oder sonstige heissen.
Es gibt allerdings eine Anzahl von Eltern, die sich um das
Fortkommen ihrer Kinder in der Schule kümmern. Sie
erscheinen fast regelmäßig zu gewissen Zeitpunkten und sind
oft gefürchtete Gäste. Es sind die Eltern jener Schüler, die
nach Eigenschaften oder Leistungen fast nie recht befriedigen,
die mit allen erdenklichen Mitteln für das jährliche Unter-
richtsziel „reif“ gemacht werden müssen. Da hat die Aus-
sprache für beide Teile von vornherein oft einen unerquid-
lichen Charakter, sie verläuft je nach der Wesensart und dem
Verkehrston der Verhandlenden, wobei die Mütter eine Schat-
tierung für sich darstellen, mehr oder minder angenehm. Dazu
tritt, daß auch solche Eltern sich oft erst in den letzten Wochen
des Schuljahres einfinden, um noch zu retten, was zu retten
ist, und das wunderbare Ansehen stellen, daß der Schüler in
einem Monate (oder noch kürzerer Zeit) nachhole, was er in
9 vorhergehenden veräumt hat. Selten leidet der
Lehrer die Eltern der gut veranlagten und fleißigen Schüler
bei sich. Es ist ihm nicht vergönnt, sich mit Vater oder Mut-
ter über einen hoffnungsvollen Sohn zu freuen, mit ihnen
sich, Schönes von dessen künftiger Entwicklung zu besprechen
und gemeinsam den Weg zu höherer Ziele zu suchen. Nach-
aus, jahrein lernt er Eltern nur von der andern Seite ken-
nen, und das mag auch zur bekannnen Verdrossenheit so
manches Lehrers beitragen. Wohl die meisten Lehrer sind mit
Begeisterung in ihren schönen Beruf hinausgegangen, Erfah-
rungen aber, wie die geschilderten, eignen sich nicht dazu, die
Berufstreuhe zu steigern oder auch nur aufzufrischen zu lassen.
Nicht nach Dank verlangt es den warmen Freund der Jugend,
den findet er am besten in sich, wohl aber nach Verständnis
für seine hohe Aufgabe, und die sucht er zuerst bei den natür-
lichen Erziehern, den Eltern. In einer seiner Schriften er-
innert der belagerte und bedeutende Pädagoge Lews an das
Wort Kants, daß die Erziehung das größte Problem und das
Schwerste sei, was dem Menschen übergeben worden sei, und
stellt dazu die bittere Frage, ob der Erzieher heute mehr gelte
als im römischen Altertum, wo ein flüger Sklave den Unter-
richt der Kinder der vornehmen Häuser leitete.

Schule und Haus sollen einander besser verstehen lernen,
sie sollen sich nicht, wie es die Regel ist, in Gleichgültigkeit oder,
wie es unglücklicherweise genug vorkommt, in Feindschaft
gegenüberstehen. Eines der besten Mittel nun, um diese For-
derung zu verwirklichen, erblicken wir in „Elternver-
samlungen“, Versammlungen, in denen sich Eltern und
Lehrer begegnen und offen und frei Stellung zu allen Er-
ziehungsfragen nehmen. Wofür wir im besonderen eintreten
möchten, ist, solchen Versammlungen einen festen Rahmen zu
schaffen, in den sie eingespannt sind, von dem aus sie ihre
fruchtbare Tätigkeit entfalten können. Elternversammlun-
gen, „Elternabende“ oft genannt, sind nichts Neues. Seit
den 80er Jahren besteht eine ziemlich umfangreiche Literatur
über sie. Da und dort, besonders in Norddeutschland, sind
sie mehr oder weniger regelmäßige Erscheinungen an den
Schulen geworden, an vielen Orten sind sie aber auch eben-
so schnell verschwunden, wie sie gekommen sind. Inhalt und
Form lassen sich eben nicht trennen, der trefflichste Inhalt be-
darf, um sich auszuweiten, einer starken Form, und die Form
ihrerseits will mit lebendigem Geiste erfüllt sein. Als dauer-
hafter Rahmen, in den Elternversammlungen hineinzufüllen
sind, erscheint uns der Elternverein. Er dünkt uns
ebenso oder mehr dasjenige, als mancher Geselligkeits-
oder Unterhaltungsverein. Sein erster Vorzug ist, daß seine
Mitglieder ohne weiteres schon gegeben sind, nur sollen sie
sich auch „bereint“ fühlen. Die Eltern der Schüler einer jebes

Badischer Teil.

Die Kriegsgesellschaft für Ostfriesen und Marneladen in Berlin hat mit Wirkung vom 1. April 1919 die Preise für Inlands marmelade erhöht. Der höchste Kleinverkaufspreis beträgt nunmehr 1.30 M für das Pfund. **A**

Wohnungsnot.

Zum Zweck eines billigen Ausgleiches der Interessen der Mieter und Vermieter wurden schon während des Kriegs in einer Reihe von Städten Einigungsämter eingerichtet. Diese hatten zunächst die Aufgabe, Mietspreitzuweisungen zu verhüten und zu schlichten. Angesichts der wachsenden Schwierigkeiten auf dem Wohnungsmarkt wurden ihnen aber später die Befugnisse von Spruchbehörden, namentlich bei Kündigungen und Mietsteigerungen und bei Inanspruchnahme von Wohnungen durch die Gemeindebehörden beigelegt. Die Regierung hat zu wiederholten Malen die Gemeindebehörden auf die Notwendigkeit und die ersprießliche Tätigkeit von Einigungsämtern hingewiesen und hat in allen Fällen, wo es beantragt wurde, die Errichtung von Einigungsämtern genehmigt. Da nur beim Befehlen von Einigungsämtern die gesetzlichen Zwangsbeschlüsse durch die Gemeindebehörden in vollem Umfang angewendet werden können, wurden die Bezirksämter überdies angewiesen, in allen Gemeinden, in denen Wohnungsmangel herrscht oder auch nur zu befürchten ist, mit allem Nachdruck auf die Errichtung von Einigungsämtern hinzuwirken; für etwa widerrechtlich Gemeindet werden solche vom Ministerium zwangsweise angeordnet. Es besteht augenblicklich in Baden rund 60 Einigungsämter, deren Geschäftsbereich sich nicht mehr auf einzelne Städte, sondern zum Teil auf ganze Bezirke oder eine Mehrzahl von Gemeinden erstreckt; eine ganze Reihe weiterer Einigungsämter wird in der aller nächsten Zeit errichtet werden. Wo bis jetzt Einigungsämter nicht bestanden, sind die Amtsgeschäfte berufen, einen Teil der den Einigungsämtern sonst zufallenden Entscheidungen zu treffen.

Den Schutz der Mieter gegen ungerechtfertigte Mietsteigerungen und Kündigungen hat sich die Reichsregierung besonders angelegen sein lassen. In der Bundesratsverordnung vom 28. September 1918 ist bestimmt, daß in solchen Fällen der Mieter das Einigungsamt anrufen kann, welches dann über die Wirksamkeit der Kündigung des Vermieters entscheidet und über die Fortsetzung des gekündigten Mietverhältnisses bis zur Dauer eines Jahres bestimmen kann; ebenso kann auf Anrufen des Mieters ein ohne Kündigung ablaufendes Mietverhältnis zum Einigungsamt jeweils bis zur Dauer eines Jahres verlängert werden. Die Anrufung des Einigungsamtes muß aber unverzüglich, d. h. so schnell es den Umständen nach möglich ist, erfolgen. In Gemeinden, in denen ein besonders starker Wohnungsmangel herrscht, kann das Bürgerausschußamt außerdem anordnen, daß die Vermieter von Wohnräumen der Gemeindebehörde unverzüglich Anzeige erstatten haben, wenn eine Wohnung an einen neuen Mieter zu einem höheren Mietzins vermietet wird, als ihn der letzte Mieter zu entrichten hatte; das Einigungsamt ist dann befugt, auf Anrufen der Gemeindebehörde den mit dem neuen Mieter vereinbarten Mietzins auf die angemessene Höhe herabzusetzen. Ferner hat das Ministerium für Wohnungswesen für die Gemeinden mit besonders starkem Wohnungsmangel angeordnet, daß die Kündigung von Wohnräumen, namentlich die Kündigung zum Zweck der Mietsteigerung, unwirksam nur mit vorheriger Zustimmung des Einigungsamtes erfolgen kann, und daß ein ohne Kündigung ablaufendes Mietverhältnis als auf unbestimmte Zeit verlängert gilt, wenn der Vermieter nicht vorher die Zustimmung des Einigungsamtes zum Ablauf erwirkt hat.

Aber auch zur Vermeidung des Wohnungsmangels sind eine Reihe von Bestimmungen erlassen und einschneidende Maßnahmen getroffen worden. Wenn auch in allererster Linie und am wirksamsten der Wohnungsnot durch Erstellung neuer Wohnungen begegnet wird, so kann diese Maßnahme naturgemäß erst in einiger Zeit ihre Wirkung

neue treten hinzu. Für die letzteren aber ist es wichtig, sich sogleich zu Beginn des Schuljahres mit den Lehrern ihrer Kinder bekannt zu machen, und auch die andern Eltern werden bei dem häufigen Lehrwechsel hieron Nutzen haben. Zur Verammlung werden nun sämtliche Lehrer der Schule, ferner die Mitglieder des Rates, und die an der Anstalt unterrichtenden Geistlichen oder Bekannte als Gäste eingeladen. Die Tagesordnung der Verammlung soll jeweils bestimmt geordnet sein. Zunächst werde ein Vortrag über irgend eine Hauptfrage aus dem großen Gebiete der Erziehung und des Unterrichts gehalten. Meistens wird wohl der oder jener Anstaltslehrer bereit sein, ihn zu übernehmen; aber auch mancher Vater oder manche Mutter wird, wenn einmal die Teilnahme geweckt ist, sich gern über eine Erziehungsfrage verbreiten und sie vom Standpunkt des Hauses betrachten. An Stoff wird es nie fehlen, die neue Zeit überschüttet uns damit, und es sei darum hier nicht näher darauf eingegangen. Immer aber wird sich an den Vortrag eine fruchtbare Aussprache knüpfen lassen, wobei besonders die Lehrer es sich angelegen sein lassen mögen, ihre Berufsaufgabe, ihre Anschauungen zur Geltung zu bringen und den Eltern zu zeigen, daß man sie nicht alle über einen Kamm scheren darf. Nach der Aussprache folgen Berichte des Vorstandes und des Ausschusses über die Tätigkeit, die ebenfalls wieder Anregung zur Erörterung und zu Anträgen und Beschlüssen geben können. Sodann wird die Wahl des Vorstandes, des Ausschusses und der Beiratsvertreter vorgenommen, und am Ende mögen noch neue Wünsche und Anträge zur Sprache kommen, für die unter der bisherigen Eintragung kein Platz war. Befähigt kann die Verammlung natürlich nur sein, wenn mindestens über die Hälfte der Schüler durch Eltern in ihr vertreten sind. Für die Wahlen genügt die einfache Stimmenmehrheit.

Wird die Elternverammlung jeweils unter der Flagge solcher festen Pläne abgehalten, so wird das Gespenst der Rangelagen sich nicht vorbringen können, und es wird auch kaum je an zahlreichem Besuch fehlen. Voraussetzung ist, daß beide Parteien, Eltern und Lehrer, der rechte Geist erfüllt, daß sie mit ganzem Herzen an ihr teilnehmen. An den Lehrern liegt es, zu zeigen, daß sie Menschen voll tiefen Verständnisses für die ihnen anvertrauten Kinder sind, Menschen, denen die Luft aus den Augen schaut, ständig, täglich und stündlich mit der Hoffnung des Volkes, dem jungen, frischen Geschlechte in engerster Fühlung zu stehen, Menschen, die nicht verkümmern und alt werden sollen und wollen. Lehrer, die auch innerlich alt werden, haben noch im Alter den Beruf verfehlt. Die Eltern aber mögen aus ihrem Herzen keine Wäldergeräusche machen. Hier heißt es: nicht nur den Mund spülen, hier muß gepfeiffen werden. Nicht die Faust in der Tasche halten, sondern mit Offenheit und Freimut sich ausdrücken! Glauben sie Mißstände, allgemeine und persönliche, zu sehen, sollen sie es sagen, sonst wird nie etwas besser, und der Nymphetz schnell weiter unter der Äsche. Ist die eine Hauptverammlung des Jahres so anregend und anziehend verlaufen, wird sich auch leicht das Bedürfnis nach weiteren herausstellen. Die Beziehungen zwischen allen Teilen werden sich enger, inniger, vertrauensvoller gestalten; Eltern und Lehrer werden sich auf diese Veranstaltungen freuen können, werden sie als Quelle aller Gedanken und wertvoller Anregungen schätzen lernen. Eltern, die dann mit reiner Freude aus der Verammlung nach Hause zurückkehren, werden gewiß diesen Geist der Freude, des freundschaftlichen Zusammenwirkens auf ihre Kinder übertragen. Der Jugend wird mittelbar so zum Bewußtsein kommen, daß ihr aus diesen Veranstaltungen reicher Segen erwächst. Der Lehrer aber, der nächsten Tages wieder vor seiner Klasse steht, wird in Erinnerung an die Stunden, in denen ihm Dank und Anerkennung für seinen schweren Beruf aus den Augen so mancher Eltern entgegenleuchtete, mit neuer Lust an seine Berufsarbeit herantreten.

So versprechen wir uns großen Gewinn aus solchen Veranstaltungen: für die Schüler mehr Freiwiligkeit in der Unterordnung, für die Lehrer mehr Kameradschaftlichkeit in der Überordnung, für die Eltern mehr Freundschaft in der Beziehung, für alle aber stärkere Vertrauen zu einander. Verkündet wurden solche Ziele schon oft, verwirklicht noch nie. Mögen sich in der neuen Form alte Sehnsüchte erfüllen!

Schule bilden eine natürliche Gemeinschaft mit gleichen Aufgaben und Zielen, darum ist nichts selbstverständlicher, als daß sie diese Aufgaben und Ziele auch gemeinsam betätigen und verfolgen. Das aber können sie nur in fester Gliederung, in geregelter Vereinigung.

Aus solchen Gedanken heraus hat sich neuerdings ein „Elternverein der Realschule Säckingen“ gebildet, und es sei uns hier gestattet, den Inhalt der Sitzungen anzudeuten und zu erläutern, soweit es nach dem Vorstehenden dessen noch bedarf. Als Zweck des Vereins wird bezeichnet, alle Fragen des Unterrichts und der Erziehung, im besonderen jene, die die Anstalt und ihre Schüler betreffen, zu behandeln und über Anträge und Wünsche in diesen Fragen mit der Lehrerschaft und dem Rat der Anstalt sowie den Schulbehörden zu verhandeln. Wie ersichtlich, ist dem Verein damit ein weites Spielraum der Betätigung gegeben, seine Aufgabe kann aber nicht sein, selbsttätig in den Betrieb und die Verwaltung der Schule einzugreifen, sondern seine Meinungen darüber bei den maßgebenden Stellen mit Nachdruck zu vertreten. Nun gehört bekanntlich zu jeder höheren Lehranstalt ein **Verwaltungsrat**, dessen Mitglieder der Bürgermeister der Stadt oder der Amtsvorstand des Bezirks (als Vorsitzender), der Anstaltsvorstand (als stellv. Vorsitzender), ein von der Lehrerschaft gewählter Anstaltslehrer und einige vom Gemeindevorstand oder Stadtrat ernannte Herren sind — das weibliche Geschlecht ist im großen ganzen bisher meist nicht vertreten gewesen. Wenn es der Zufall will, mögen unter diesen Mitgliedern auch Väter von Schülern sein; er will es aber auch nicht, und es mag Leute geben und besonders in der vorerwähnten Zeit gegeben haben, die solches für einen Vorwitz anhalten und sich davon eine gewisse sachliche Unberechnlichkeit versprochen haben. Uns aber dünkt es ein Übel, daß den Eltern von Rechts viel mehr Unrechts wegen keine Gelegenheit gegeben sein sollte, in solchen wichtigen Fragen mitzusprechen, wie sie der Geschäftskreis des Rates umfasst, wie z. B. in Organisationsfragen, nämlich Änderungen des Umfangs oder der Einrichtungen der Schule, in der Fürsorge für die Gesundheit der Schüler, in Schulgeldbefreiungen, Ganztagsschule, besonders der Ausweisung von Schülern. Die Förderung ist daher nur billig, daß der Elternverein aus seiner Mitte einige Mitglieder als Vertreter in den Rat entsendet.

Die eigentliche Verfassung des Vereins gliedert sich in Vorstand, Ausschuß und Hauptversammlung. Der Vorstand besteht aus einem 1. und 2. Vorsitzenden (der letztere sei am besten eine Mutter) und dem Schriftführer. Da keine Beiträge erhoben werden, ist ein besonderer Rechner nicht notwendig. Die etwa entstehenden Kosten (Zeitungsanzeigen u. a. werden auf den Vorschlag der Anstalt verrechnet, wogegen sich wohl keine Staats- oder Stadtbewaltung sträuben wird; die Anweisung der Beträge erfolgt sodann durch Vermittlung des Anstaltsvorstandes. Während dem Vorstand neben der eigentlichen Leitung mehr die Behandlung von Einzelangelegenheiten und Einzelfällen zufallen wird, ist der „Elternausschuß“, der ebenso „Elternrat“ heißen könnte — der Name tut nichts zur Sache — dazu berufen, in Fragen allgemeiner Natur Stellung zu nehmen. Die Zusammenkünfte dieser Körperschaft muß nach Zahl und Auswahl auf die örtlichen Verhältnisse zugeschnitten sein, wobei auch die auswärtigen Schüler zu berücksichtigen sind. Natürlich hat auch der Gesamtvorstand in ihr Sitz und Stimme. Daneben erscheint es angezeigt, auch die Lehrerschaft, etwa den Anstaltsvorstand und einen andern von ihr bestimmten Anstaltslehrer, in ihr, wenn auch nur als Gäste mit beratender Stimme, vertreten zu sehen. Dafür spricht der höhere Zweck der Vereinigung, Vertrauen zwischen Eltern und Lehrern zu schaffen und diesen Zustand auf kürzestem Wege herbeizuführen, dagegen allerdings die Klarheit der Gliederung, die eine Ausschaltung aller fremden Teile erfordert.

Vorstand und Ausschuß werden ihre Sitzungen nach Bedürfnis abhalten. Die wichtigste Vereinsveranstaltung, die Elternversammlung, findet wenigstens einmal im Schuljahr, am besten im Herbst, statt in das auf der Schulankunft bei uns in Baden an höheren Lehranstalten fällt. Jedes Jahr ändert sich die Zusammensetzung der Schaar der Schüler und damit auch die der Eltern, alte scheiden aus und

Karfreitagkonzert des Bachvereins.

Die Aufführung von Bachs Matthäuspassion durch den Karlsruher Bachverein gestaltete sich zu einer wahrhaft würdigen Karfreitagfeier; sie war eine künstlerische Tat von richtungweisender Bedeutung für das musikalische Leben der Landeshauptstadt, indem sie die Leistungsmöglichkeiten vor Augen führte, die sich durch zielbewußte Zusammenfassung, Ergänzung und Leitung vorhandener Kräfte erreichen lassen. Der Bachverein hat damit nicht nur erneut seine Daseinsberechtigung und Notwendigkeit bewiesen, sondern auch erfreuliche Perspektiven in die Zukunft eröffnet. Um den geistigen und musikalischen Reichtum dieses monumentalen Wunderwerks echt deutscher Kunst in befriedigender Weise auszusprechen, ist neben einer hervorragend befähigten Jüngerenschaft ein außerordentliches Maß hingebender und begeisterter Arbeit aller Mitwirkenden erforderlich. Der tiefe und gewaltige Eindruck der gestrigen Aufführung bewies, daß in diesem Falle beide Voraussetzungen erfüllt waren. Fritz Czerwik zeigte sich hier nicht nur als feinsinniger Interpret der musikalischen Schönheiten melodischer und harmonischer Art, sondern vor allem auch als geschickter und souveräner Deuter der dem Werk innewohnenden einzigartigen Größe und Fülle charakteristischen Ausdrucks. Mit dem feinen Instinkt des größten Operndirigenten wußte er der dramatisch bewegten Chorstimmen eine Würde und Plastik zu verleihen, die auch dort ergriß und mit forttrieb, wo ein zahlenmäßiges Manco an Männerstimmen, namentlich an Tenören, in Erscheinung trat. Die Sängerschaft folgte seiner Leitung im allgemeinen mit geradezu vorbildlichem Verständnis und Temperament. Es sei nur an den mit prachtvoller Macht und Straffheit gesungenen Eingangsschör sowie an die naturhaft bewegten fanatischen Volkschöre erinnert, die mit den in ihrem Wohlklang und seelenvoller Wärme dahinfließenden, aber in Vortrag, Rhythmus und Phrasierung nicht minder sorgfältig abgestimmten Chören aus wirkungsvoller Kontrastierung. Die sämtlichen Chormitglieder: der Chor des Bachvereins, eingeladene Damen und Herren, dazu der Chor des Landestheaters, nicht zuletzt auch der famos disziplinierte Knabenchor von Schülern der Goetheschule, dürfen mit berechtigtem Stolz auf diese Leistung blicken. Unter den Solisten gebührt die Palme Herrn Seydel, der die Aufgabe des Evangelisten, eine der gewaltigsten und anspruchsvollsten Tenorpartien aller Zeiten, mit einer Ausdauer, Sicherheit und Vollendung durchführte, wie sie nur einem erstklassigen Sänger möglich sind. Der Künstler übertraf mit dieser Glanzleistung, die ihm erst Gelegenheit bot, die Vorzüge seines klangvollen Organs, den außerordentlichen Grad seiner gefangenen Ausbildung, die Intelligenz seiner Auffassung, seine un-

gewöhnliche Kunst der Deklamation und Charakterisierung und seine Fähigkeit stärkster Erinnerung des Vortrags in ihrem ganzen Reichtum zu entfalten, alles was wir bisher von ihm gehört haben. Auf Einzelheiten dieser erstaunlichen Probe eines glänzenden Könnens einzugehen, erweist sich als überflüssig. Der Sopranpartien ließ Frau von Ernst ihre glänzende, wunderbar geschulte Stimme. Auch ihr Vortrag zeichnete sich durch eine Wärme des Ausdrucks und eine Wahrheit der Charakterisierung aus, die ihren Gesang zum Genuß für Ohr und Herz zugleich machte. Für die Partie des Christus hätte man vielleicht ein Organ von größerem Klangreichtum und tiefer empfundener Vortrag als den Herrn Winters finden können. Gut sang Frau Brunisch die Alfiola. Herr Christoph, der die Partien des zweiten Teiles sang, erfreute durch den Wohlklang seines Organs sowohl wie durch die Wärme seines Vortrags und seine gefangene Kultur. Bei Herrn Math-Wolta, dessen schönes Stimmmaterial sich auch diesmal in Umfang, Fülle und Technik durchaus bewährte, hätte man eine schärfere Unterstreichung der charakteristischen Unterschiede der Partien des Pilatus, Judas usw. gewünscht. Bei Herrn Schwoerdt trat gelegentlich ein gewisser Mangel an gefangener Kultur zu Tage; Klangfülle und Leichtigkeit der Tongebung waren ihm auch diesmal nachzurufen. Das Orchester des Landestheaters spielte mit gewohnter Klangschönheit und Präzision. Am Harmonium, das die Stelle der Orgel vertrat, bewährte Herr Warner sein organistisches Können, Herr Schwenke führte die Embalsomparkie am Flügel mit Geschmack und schönem Anschlag durch. Besondere Anerkennung verdienen die von Herrn Othmar Borigt rein und mit prächtvoller Innigkeit gespielten Violinoli. Die nach mehreren Tausenden zählende Zuhörermenge lauschte der Aufführung mit Andacht und Ergriffenheit. **E. A.**

Zeitschriftenchau.

Das Märzheft der „Deutschen Rundschau“ (Verlag Gebrüder Paetel Dr. Georg Paetel, Berlin) bringt an erster Stelle eine beachtenswerte Abhandlung „Die Nationalversammlung und die Zukunft Deutschlands“ von Richard Feiler, sodann einen packenden Einakter „Der Fremde“, ein Schattenspiel von Tim Klein. Die Probleme der neuen Biologie vermittelt J. v. Heer, „allm. anschauliche Reise durch Biologische Briefe an alle Dame“. Von Harry Wayne beginnt eine umfangreiche Arbeit über „Delles von Villenoron, der Mann und sein Werk“ zu erscheinen. Carl Roth spendet ein reizvolles Porträt der Sängerin „Alle Marie Hel. 1713—1794“. Ein Beitrag von Helmuth von Lafenapp behandelt den „Hinduisimus als soziales und religiöses Phänomen“. Der Versuch über „Genz“, Ein europäischer Staatsmann deutscher Nation, ferner die großartigen alshannoveranischen Erinnerungen „Kreuz und Querzüge von

August Adolph Friedrich Schaumann (1778—1840) aus Hannover, Deputy Assistant Commissary General in englischen Diensten, bearbeitet von seinem Enkel Major Konrad von Holleuffer, erscheinen in Fortsetzung, die Novellen „Das Gildene“, das Schwarze und das Olivenfarbene“ von Julius A. Gaarhaus zum Abschluß gebracht. In der „Literarischen Rundschau“ bespricht Hermann von Hofen das Nereidatwaerke Werk „Von Krieg zur Revolution“. Kurze Buchbesprechungen und ein Verzeichnis der neuerschienenen Bücher bilden den Schluß des angenehmen Heftes.

Büchertisch.

Rembrandt, von Professor Dr. Paul Schubring, 2 verbesserte Auflage. Mit 48 Abbildungen auf 28 Tafeln im Anhang. (Aus Natur und Geisteswelt. Sammlung wissenschaftlich-gemeinverständlicher Darstellungen. 168. Bändchen, Verlag v. G. Teubner, Leipzig.) Die weltliche Welt Rembrandts, dieses sich mühsam durch das Leben kämpfenden Künstlers, klingt tief mit dem Schwestern zusammen, das uns das Ringen des Weltkriegs gebracht hat. Nicht nur die jungen Studenten, denen Schubring die neue Auflage seines Werkes widmet, sondern wir alle werden uns daher gern in diese lebensvolle Schilderung des Menschlichen und Persönlichen bei Rembrandt vertiefen, die uns zum Verständnis seines künstlerischen Entwicklungsanges und seines Werkes führt.

Danns Wolfa, Nath, Siebenschneier. Eine Frühjahrsfahrt in das Land der Reiden und der stillen Träume. (Stuttgart. Verlag von Julius Hoffmann, geh. 5 M.). Dieses Werk des als Literarhistoriker wohl bekannten Verfassers ist ein Roman; aber in höherem Sinne, als dies für den Durchschnitt dieser Gattung zutrifft, ist er Poesie, ein Gesang voll Seele und buntem Glanz. Es ist Seelengeschichte, entwirrt der Welt jener Alltäglichkeiten, die sonst breit und schwer die Romane füllen, Erleben im Sinn innerlicher Beziehungen zu den Menschen und zur Natur.

Ein Jahrzehnt in Samoa. (1906—1916.) Von Frieda Zieschank. (Verlag von E. Siedler in Leipzig. 8 Bände; geh. 2 M. 40.) Unsere deutsche Samoa-Literatur ist nicht eben groß, und darauf wird jeder Kolonialfreund ihre Bereicherung begrüßen, ganz besonders aber eine so wertvolle wie die vorliegende. Zum ersten Male ist es eine Frau, die uns ein Samoa-buch schenkt. Und doch ist es kein Frauenbuch. Denn bringt völlig, einen weiblichen Verfassers vor sich zu haben, denn Sachlichkeit, Gründlichkeit und ein stark ausgeprägtes volkswirtschaftliches Empfinden zeichnen diese Frau aus. Das ganze Buch durchweht eine liebe Liebe zu dem „Wäldchen Kleinod“, der Perle der Südsee, unserer geliebtesten tropischen Kolonie.

haben. Bis dahin muß alles geschehen, um die vorhandenen Häuser, Wohnungen und Räume in weitestem Umfang zu erfassen und so intensiv wie möglich zu Wohnzwecken auszunutzen. In Anwendung der Reichsverordnung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel vom 23. September 1918 wurde deshalb den Gemeinden, in denen ein besonders starker Wohnungsmangel sich geltend macht, das Recht gegeben, unbenutzte Wohnungen oder Räume, die zu Wohnzwecken geeignet sind, vom Eigentümer zur Überlassung für Wohnzwecke zu verlangen. Das Ministerium für Wohnungswesen ging aber darüber noch hinaus und schuf durch Verordnung vom 30. Dezember 1918 die Möglichkeit, die Gemeindebehörden zu ermächtigen, auch die Überlassung benutzter Wohnungen und Räume vom Besitzer zu verlangen, wenn dies ihm ohne Härte zugemutet werden kann. Um den Gemeinden eine noch stärkere Einwirkung auf den Wohnungsmarkt zu gewähren, wurde endlich durch Ministerialverordnung vom 29. März 1919 vorgeordnet, daß jede Vermietung oder Überlassung und Ingebrauchnahme von benutzten und unbenutzten Wohnungen und Wohnräumen zu Wohnzwecken von der vorherigen Zustimmung von der Gemeindebehörde abhängig gemacht werden kann; vermietet in diesen Fällen der Eigentümer die Wohnung oder einzelne Räume ohne die Zustimmung der Gemeindebehörde oder nimmt z. B. der Erwerber eines Hauses in diesem eine Wohnung oder einzelne Räume ohne diese Zustimmung in Gebrauch, so wird es so angesehen, als wenn die Räume nicht vermietet wären, d. h. der neue Mieter kann ohne weiteres aus der Wohnung herausgesetzt werden. Die Mieter werden sich deshalb vor Abschluß eines Mietvertrages davon überzeugen müssen, daß die Zustimmung der Gemeindebehörde eingeholt ist. — Das Ministerium für Wohnungswesen hat die genannten Ermächtigungen in weitestem Umfang an alle größeren Städte und den Gemeindebehörden gegeben, die es beantragten.

Da wo es die Verhältnisse erfordern, ist also den Gemeindebehörden die Möglichkeit weitgehender Inanspruchnahme von Wohnungen und einzelner Räume gegeben; sie sind dadurch in den Stand gesetzt, eine Verteilung der Wohnungen den Bedürfnissen der Wohnungssuchenden entsprechend vorzunehmen und in erster Linie den Familien zu Wohnungen zu verhelfen, denen es besonders schwer fällt, Unterkunft zu finden, sei es, weil sie weniger zahlungsfähig sind, oder, wie dies leider oft der Grund ist, weil sie viele Kinder haben. Damit die Gemeinden den hierfür unbedingt erforderlichen Überblick über die vorhandenen Wohnungen gewinnen, ist durch eine Verordnung der badischen vorläufigen Volksregierung vom 7. Dezember 1918 der § 117 des Polizeitrafgesetzbuches dahin erweitert worden, daß durch bezirks- oder ortspolizeiliche Vorschriften die Eigentümer gezwungen werden können, alle Wohnräume, die zu vermieten oder nicht mehr zu vermieten sind, dem Wohnungsnachweis zu melden. Ferner kann nach der Verordnung des Ministeriums für Wohnungswesen vom 29. März 1919 angeordnet werden, daß das Ausschreiben von Wohnungen in Zeitungen nur unter Namensangabe des Vermieters und genauer Bezeichnung von Straße, Hausnummer und Stadtwort erfolgen darf und daß das öffentliche Versprechen einer Wohnung für den Nachweis von Mietwohnungen und Räumen sowie das öffentliche Auffordern zur Abgabe von Preisangeboten auf Wohnräume verboten ist.

Wegen Überlassung von Kasernen für Wohnzwecke setzte sich die Regierung bereits Mitte November 1918 mit den Militärbehörden ins Benehmen und wies wiederholt die Militär- und Gemeindebehörden auf die Notwendigkeit zur Ausnutzung der Kasernen zu Wohnzwecken hin. Die Verhandlungen waren dadurch erschwert, daß wegen der ganzen politischen Verhältnisse die Militärbehörden nur schwer übersehbare Konten, inwieweit sie selbst die Kasernen für militärische Zwecke noch benötigen. In verschiedenen Städten sind aber bereits Kasernen an Gemeinden überlassen, in anderen stehen die Abmachungen unmittelbar vor dem Abschluß. Zur Einrichtung behelfsmäßiger Wohnungen wurden an mehreren Orten militärische Baracken aus Speeresbeständen an Gemeinden zur Verfügung gestellt.

Die Regierung hat somit wohl alles zur Zeit Mögliche getan, um der Wohnungsnot in wirksamer Weise zu begegnen. Sache der Gemeinde ist es, ihrerseits von den ihnen gegebenen Befugnissen in weitestem Umfang und mit aller Schärfe Gebrauch zu machen. Dazu ist vor allem erforderlich, daß sie durch entsprechende Zusammensetzung der Wohnungskommissionen (denen in allen Fällen auch ein Vertreter aus dem Kreise der unter dem Wohnungsmangel leidenden minderbemittelten Mieter angehören muß) sämtliche Wohnungen nachsehen läßt und in allen Fällen, wo nach Ansicht dieser Kommissionen die Wohnungsinhaber ganze Teile von Wohnungen abgeben können, diese zur Unterbringung von Wohnungssuchenden oder auch nur einzelner Räume sich in Anspruch nehmen. Sie werden namentlich auch nicht dulden dürfen, daß eine Familie an einem oder auch verschiedenen Orten zwei oder gar noch mehr Wohnungen hat, oder daß jemand mehr Räume in Anspruch nimmt, als sie ihm billigerweise nach der Größe seiner Familie und seinen sonstigen Verhältnissen zukommt. Es ist zu hoffen, daß es den Gemeinden auf diese Weise und unter Zuhilfenahme von Kasernen und Baracken zur Einrichtung behelfsmäßiger Wohnungen gelingen wird, dem dringenden Bedürfnis vieler Wohnungssuchender nach Unterkunft zu entsprechen und damit erträgliche Zustände auf dem Wohnungsmarkt zu schaffen bis genügend neue Wohnungen erbaut sind.

* Badische Rundschau.

Dem badischen Bahnverkehr droht eine neue Erschwerung, da die Kohlenbestände einen derartigen Rückgang erfahren haben, daß die Staatseisenbahnen bereits damit rechnen müssen, in der nächsten Zeit den Schmelzgasverkehr erheblich einzuschränken. Dementspr. ist es der Verwalt. auch nicht möglich, zur Bewältigung des Örtverkehrs, wie in früheren Jahren, besondere Vorkehrungen zu treffen, ganz abgesehen davon, daß auch infolge der Abgabe einer großen Anzahl in bestem Zustand befindlicher Wagen und Lokomotiven an die Entente die erforderlichen Fahrzeuge für die Sonderzüge und zur Bewältigung der fahrplanmäßigen Züge fehlen. Es ist ferner zu ver hoffen, daß die Bahnverwaltung dem Publikum nahelege, alle Reisen anlässlich der Osterfeiertage zu unterlassen, da sie weder für die Beförderung noch für die Sicherung der fahrplanmäßigen Anschlüsse Gewähr leisten könne, jedoch mit dem Zurückbleiben von Reisenden jederzeit in größerem Umfang gerechnet werden muß.

Behauerlicherweise zwingt die bedrohliche Lage, in der sich die Eisenbahnverwaltung durch das Ausbleiben der Kohlenzufuhr befindet, aber nicht nur zur Einschränkung d. Personenzüge, sondern auch des Güterverkehrs, so daß nicht dringliche Güter bis auf weiteres nicht mehr befördert werden können. (Wie wir beim Redaktionschluss hören, fallen wegen gänzlichem Ausbleiben der Kohlenzufuhr und wegen des stetigen Rückgangs der noch verfügbaren Kohlenvorräte von heute ab die Mannheimer Weimarer Schnellzüge nunmehr auch in Baden der gesamte Schnellzugverkehr eingestellt. Ein sprechendes Zeichen für den Ernst unserer wirtschaftlichen Lage!)

Auch in anderer Beziehung macht sich der Kohlenmangel immer unangenehmer bemerkbar. So hat er bekanntlich auch die Ziegeleibetriebe lahmgelegt, ein Umstand, der erheblich zur Stilllegung der Bautätigkeit und damit zur Steigerung der Wohnungsnot beigetragen hat. Um für die fehlenden Bausteine Ersatz zu schaffen, will die Generaldirektion der badischen Staatseisenbahnen im Rangierbahnhof zu Mannheim eine Schlackensteinfabrik errichten. Es handelt sich dabei um ein neues Verfahren, durch das Bausteine aus Schlackenabfall und Kalk hergestellt werden und den gleichen Anforderungen hinsichtlich Druckfestigkeit und sonstiger Eigenschaften genügen, wie die Bausteine. Die Herstellungskosten für Schlackensteine werden sich auf etwa 45 bis 50 Mark für tausend Steine stellen, während der Preis für Bausteine zur Zeit 85 Mark für das Tausend beträgt. Das neue Verfahren verdient umso größere Beachtung, als die übrigen Baumaterialien nicht nur immer schwieriger zu beschaffen sind, sondern auch ständig teurer werden.

In Heidelberg hat sich die Wohnungsfrage inzwischen derartig zugespitzt, daß die Leiter der zuständigen Stellen im Bürgerausschuß erklärten, nunmehr zur Zwangsquartierung schreiten zu müssen. Bei dieser Gelegenheit wurde auch lebhaft über die Widerstände getagt, die der Wohnungscommission von Hausbesitzern und Wohnungsinhabern bereitet werden, wenn es sich um die Abtretung einiger entbehrlicher Räume zwecks Milderung des herrschenden Elends handelt. Es mütet allerdings merkwürdig an, wenn eine alleinstehende Frau mit fünf großen Kindern die Wohnungsschaukommission als Wohnbewerberin anlangelt, oder wenn ein Herr neben Schlafzimmern und Arbeitszimmern noch Wohnzimmer, Toilettenzimmer und Ankleidezimmer beansprucht. Ähnliche Fälle dürften nicht nur in Heidelberg vorkommen. Man lese nur die Wohnungsgeheusche im Anzeigenteil der Tageszeitungen, und man wird oft genug auf Ansprüche stoßen, die in einer Zeit, wo Kaufleute von Familien nicht wissen, wo sie morgen unterkommen sollen, als übertrieben und unredlich erscheinen. Solange Einzelpersonen und alleinstehende Ehepaare glauben, sich nicht mit weniger als 6-8 Zimmern begnügen zu können, ist man kaum berechtigt, den Hausbesitzern allein Mangel an sozialem Verständnis und Empfinden vorzuwerfen. Bekanntlich hat die Regierung durch schon vor Monaten den Gemeindebehörden die Möglichkeit verschafft, sämtliche Wohnungen nachsehen zu lassen und in geeigneten Fällen ganze Teile von Wohnungen zur Unterbringung Wohnungssuchender zu beanspruchen. Wer sich heute weigert, mit Leichtigkeit zu entbehrende Wohnräume abzugeben, verstößt ebenso gegen seine Pflichten der Allgemeinheit gegenüber, wie der Hauswirt, der aus der Notlage Wohnungssuchender unrechtmäßiges Kapital zu schlagen sucht.

Nach den Vorkäufen erfahren jetzt auch die Fleischpreise eine teilweise Neuregelung. Den dringenden Wünschen der Metzgerinnungen entsprechend hat die Regierung neuerdings nach Anhörung des parlamentarischen Ernährungsausschusses den städtischen Kommunalverwaltungen die Befugnis eingeräumt, die Ladenhöchstpreise für Fleisch, Butter und Fleischwaren zu erhöhen, wenn die Geschäftsumsätze der Metzger dem gestiegen sind, daß diesen kein zum Lebensunterhalt ausreichender Verdienst mehr möglich ist. Sie gab aber dabei zugleich der Erwartung Ausdruck, daß die städtischen Kommunalverwaltungen von der Befugnis zur Erhöhung der Preise schon mit Rücksicht auf die Verbraucher nur dort Gebrauch machen werden, wo dies nach Sachlage nicht zu umgehen ist und daß auch in diesem Falle das den gegebenen Verhältnissen entsprechende Maß bei der Festsetzung der Preise nicht überschritten wird. Als obere Grenze ist in den Städten mit 50 000 und mehr Einwohnern eine Überschreitung der für das Land geltenden Preisätze um 20 v. H., in den Städten mit 20 000 bis 50 000 Einwohnern eine solche von 15 v. H. und in Gemeinden von 10 000 bis 20 000 Einwohnern eine solche von 10 v. H. zulässig. Angesichts der Sachlage werden sich auch die Konsumentenpreise der an manchen Orten vorhandenen Notwendigkeit einer Preisobergrenze billigerweise nicht verschließen können. Daß die Kommunalverwaltungen dabei die Interessen der Konsumenten nach Möglichkeit wahren werden, darf als selbstverständlich vorausgesetzt werden.

Badische Nationalversammlung.

oc. Der badischen Nationalversammlung ist noch ein Antrag der Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei über die alsbaldige Freigabe des Tabaks und eine Interpellation von Mitgliedern der Zentrumsfraktion über den Verkauf von Fideikommissen zugegangen.

Zur Bauernbewegung in Baden.

* Eine Hauptvorstandsitzung des 84 000 Mitglieder starken Badischen Bauernvereins nahm Stellung zu den schwebenden Fragen und kam zu folgendem Ergebnis:

Der Hauptvorstand begreift vollkommen, daß eine gewisse Unzufriedenheit in manchen Bauernkreisen Platz gegriffen hat, eine Unzufriedenheit, welche zurückzuführen ist auf das System der vergangenen Wahlen und auf die Aufstellung und Einrichtung der Kandidaten in den Listen. Hier soll künftig durch Einwirkung auf die bürgerlichen Parteien abgeholfen werden. Dagegen glaubt der Hauptvorstand dringend davon abzuraten zu sollen, eine Abspaltung von den bestehenden bürgerlichen Parteien vorzunehmen, da gerade in der Stärke der politischen Parteien der Rückhalt und der Schutz des Bauernbundes zu suchen ist; ferner weil eine rein bäuerliche Partei den anderen Parteien gegenüber stets eine Minderheit wäre und dadurch niemals zu Einfluß und Macht gelangen könnte, zumal sie als einseitig agrarische Partei von allen anderen Parteien bekämpft werden würde. Daher hat der Hauptvorstand folgenden Beschluß gefaßt: Der Bauernverein wird sich an einer Gründung der Bauernpartei nicht beteiligen und bittet alle seine Vorstände und Mitglieder, sich von einer solchen Gründung fernzuhalten und die dahin zielenden Bestrebungen zu bekämpfen.

Zur Frage der Verschmelzung der landwirtschaftlichen Organisationsverbände der Hauptvorstand: Der Hauptvorstand bleibt auf dem früher beschlossenen Standpunkt, wonach der Bad. Bauernverein seine Selbstständigkeit bewahren wird und jegliche Verschmelzung mit anderen Organisationen ablehnt, beifolgt. Ein Bedürfnis für eine Verschmelzung wird nicht anerkannt, da hierdurch der befruchtende Wettbewerb ausgeschaltet und die Landwirtschaft nicht gefördert, sondern geschädigt würde. Der Hauptvorstand kann sich des Eindrus nicht erwehren, daß die diesbezüglichen Bestrebungen letzten Endes eine Schädigung bzw. Aufhebung des Bauernvereins bezwecken, weshalb sie auf das energischste zu bekämpfen sind.

Badische Zeitungsstimmen.

Die Stellung „der Jungen“ zur Politik bespricht Fritz Raifad-Heidelberg in der „Badischen Landeszeitung“. Er führt dabei u. a. aus, daß ein Teil der „Jungen“ und zwar nicht der unpolitischste Teil, parteipolitisch abseits stehe, und erwähnt hauptsächlich drei Punkte, von deren Standort aus sich mehr oder weniger Unterschiede in ihrer politischen Betrachtung den Gedankengängen der „Alten“ gegenüber ergeben. „Wir Jungen“, so schreibt er, „fühlen zunächst sozial. Wir meinen da mit nicht jenen Rodesozialismus in Glacé-Gandyschuhen und Radstiefeln, nicht jenen geschäftstüchtigen Konjunktursozialismus, der heute vielfach im Schwange steht. Wir meinen den Sozialismus der Gesinnung. Es ist eben doch etwas übrig geblieben von der oft gepriesenen, oft verhöhmten „Schüßensgrabengemeinschaft“. Wir sind keine Träumer und Illusionspolitiker, aber was getan werden kann, um die Klaffen auszugleichen, muß getan werden. Dabei wissen wir wohl, daß der Himmel nie auf die Erde steigen wird, daß es immer unzulängliches geben wird, daß es immer Unzufriedene, grundsätzlich oppositionelle Geister geben wird. Des letzteren muß sich, namentlich auch die Sozialdemokratie, bewußt werden, um energisch von jenen Elementen abzurücken, deren tiefstes Interesse eben die Unzufriedenheit und die Opposition ist. Alsdann wollen wir Jungen durchaus im Nationalen wurzeln. Wir verstehen darunter keinen Surra-Patrotismus, trotzdem auch darin oft mehr Vaterlandsliebe verborgen lag, als in manch abfälligem Urteil über ihn. Wir wollen nicht vergessen, daß der Militarismus uns einmal mehr bedrohte, als nur Macht- und Herrschaftstreben, damals nämlich, als wir in ihm die Verkörperung nicht der schlechtesten Eigenschaften sahen. Hierher gehört auch die Schulfrage. Auch uns liegt an der Wahrheit, aber an der vollen Wahrheit. Die kommt, auch ohne daß wir sie gewaltfam ans Tageslicht zu ziehen versuchen. Wir wollen die Wahrheit, wollen aber nicht, daß man unter der Maske des Wahrheitsjüegers einzelnen Persönlichkeiten Fußtritte versetzt, weil einem das ganze System verhaßt war, wollen vor allem nicht, daß man dadurch Gift in das Blut des Volkes spritzt, was doch nur der einzige Erfolg jener Wahrheitsfanatiker ist. Und noch ein Wichtiges: Wir sind grundsätzlich gegen den Partikularismus. Das Eigenartige der Stammesunterschiede möge gehegt und gepflegt werden; aber in politischen Dingen gibt es keine Eigenart. Einheit ist notwendig! Dann erst kann auch ein deutsches Nationalbewußtsein entstehen. Wir wollen Badener bleiben und die Hessen Hessen; aber es ist ein Übel, auf Grund „eigenartiger Eigenarten“ Zustände zu bewahren, die durch nichts begründet sind, deren unglückliche Folgen gerade in heutiger Zeit fast jeder Tag vor Augen führt und die vor allem verhindern, daß wir zu einem geschlosseneren Nationalbewußtsein kommen.

Zum dritten: Wir sind idealistisch. Wir sehen mancherlei Idealismus um uns, auch gefährlichen, solchen, der in Schwärmerie ausartet. Dies ist unser Idealismus nicht. Wir meinen den Glauben, der durch Arbeit und Bernunft Neues schafft. Idealismus der Tat! Wir glauben an Deutschland, weil wir an unser Volk glauben. Wir wollen das Rad nicht zurückdrehen, sondern mithelfen, über den toten Punkt von heute hinweg zu gelangen. Wirkliche soziale Gesinnung, Nationalbewußtsein, Idealismus. Das sind die Grundpfeiler unserer Zukunft.

* Zur Frage der Ausbarmachung der Wasserkraft schreibt Ingenieur D. Willner in der „Preisauer Zeitung“, nachdem er die Meinung vertreten hat, daß während der Dauer der Kohlenkrise Dampfmaschinen zur Erzeugung der Elektrizität nicht in Frage kommen könnten, unter anderem:

Wenn wir wirtschaftlich durchhalten wollen, so muß die restlose Ausbarmachung aller vorhandenen Bachläufe und Mühlkanäle unverzüglich in die Wege geleitet werden. Dies ist die wichtigste Lebensfrage für das Fortbestehen jeder Art von Industrie in ganz Baden bzw. Südbadensland. Es muß deshalb von den Staats- und Gemeindeverwaltungen nachgehendes Programm in den Vordergrund aller Tätigkeit gestellt werden:

1. Möglichst schnelle Feststellung und katastermäßige Aufnahme aller bestehenden, mit Wasserkraft betriebenen gewerblichen Anlagen, wie Mühlen, Sägewerke, Textil- und Zellulosefabriken usw. Untersuchung über deren Leistungsfähigkeit behufs besserer Ausnutzung auch zur Erzeugung von elektrischem Strom und Abgabe desselben an die Licht- und Kraftzentrale im Orte oder dessen Umgebung, bzw. Ausbau zu einem Kraftlieferungsnetz für die betreffende Gemeinde. Es können dadurch die Wasserkraft, die bisher brach lagen, erkannt und der Allgemeinheit dienstbar gemacht werden, wobei die denkbar geringste Betriebsförderung für die bestehenden Anlagen erreicht wird.
2. Ausbau von Mühlkanälen, Stauwerken und Talsperren an jedem dafür geeigneten Flußlauf, um eine möglichst konstante Wassermenge zu erzielen.
3. Möglichst schnelle Beschaffung von Arbeitsgelegenheiten in allen Anbestellen für Arbeiter aller Berufsarten durch umfassende möglichst sofortige Aufnahme der Vorarbeiten und Beschaffung der erforderlichen Projekte im Wege des öffentlichen Wettbewerbes.
4. Ausschaltung des Kohlenverbrauches an allen Arbeitsstellen, wo sich dies nur immer ermöglichen läßt und Ersatz der Dampfmaschinen durch Wasserkraftwerke und Elektromotoren bzw. Gasmotoren.

Da die jetzige wirtschaftliche Lage den Bau der großen Kraftzentralen am Oberrhein, wie auch am Neckar zur Zeit nicht gestattet, da die notwendigen Vorbereitungen und auch die Baukosten fehlen, so erachte ich es für viel zweckmäßiger, wenn eine Dezentralisation der Kraftversorgung angebahnt wird, um möglichst alle Orte, die eine Mühle oder sonstige Betriebsstätte mit guter Wasserkraft besitzen, diese den neuzeitlichen Bedürfnissen entsprechend auf die höchste Ausleistung auszubauen. Es kann bei den Verhältnissen auch nicht darauf Bedacht genommen werden, überall Turbinen oder Peltonräder anzubringen, sondern man muß in vielen Fällen zu den einfachen und soliden aus Holz gebauten Wasserrädern zurückkehren, um noch vor dem kommenden Winter die Triebwerke aufstellen zu können.

Sehr zu beachten ist, daß die Anlage großer elektrischer Kraftwerke zwar einen billigeren Preis pro Pferdekraftstunde bzw. Kilowattstunde in Aussicht stellt als kleinere Ortsanlagen, aber doch nur dann, wenn diese Werke den erzeugten elektrischen Strom an Großabnehmer, z. B. Chemische Fabriken, ständig abgeben können; ist dieses nicht der Fall, so tritt keine Verbilligung der Betriebskosten ein, sondern die Verzinsung des angelegten Kapitals ist in Frage gestellt.

Privat Pädagogium Karlsruhe

führt bis Abitur (auch Mädchen) jeder Mittelschule. — Dürftige Kriegerwaisen schulgeldfrei. — Empfehlungen im Prospekt. — Wühl, Besitzer 1892/07 Mitvorstand am Institut Fecht.

Todes-Anzeige.

In aufrichtiger Trauer zeigen wir den Tod des

Herrn Studienrats
August Holtzmann

an. Den lebenswürdigen, vornehmen Menschen, den tüchtigen, still forschenden Gelehrten, den pflichttreuen, trefflichen Lehrer, den milden Freund der Jugend werden wir stets in treuer, dankbarer Erinnerung behalten. G381

Freiburg, den 16. April 1919.

Direktor u. Lehrerkollegium
des Bertold-Gymnasiums.

Die unterzeichneten, durch den Streik ihrer Angestellten betroffenen Berliner Banken, weisen im Anschluß an die letzte Bekanntmachung ausdrücklich darauf hin, daß die **Streichung** aller vor dem Tage der Wiederaufnahme des Betriebes erteilten Aufträge sich **lediglich auf Börsengeschäfte** bezieht.

Berlin, den 15. April 1919.

Bank für Handel und Industrie
Commerz- und Disconto-Bank
Deutsche Bank
Direction der Disconto-Gesellschaft
Dresdner Bank
Mitteldeutsche Creditbank
Nationalbank für Deutschland.

F. Novak
Wiener Modesalon 1. Ranges
Karlsruhe, Zähringerstrasse 110, Fernsprecher 3639
Anfertigung fst. Herrengarderobe
sowie Damen-Kostümen, Mänteln, Gesellschafts-Kleidern, Brautkleidern und feinst. Wiener Blusen
Umänderungen werden angenommen.

Große Auswahl
Schlafzimmer
in
Mahagoni — Eiche — Nußbaum



Speise- und Herrenzimmer
Küchen
Vorteilhafte Preise! Vorteile Preise!
Möbelhaus
Maier Weinheimer
Karlsruhe
32 Kronenstrasse 32
Gekaufte Möbel werden kostenlos zurückgestellt.

Milch- u. Fettversorgung

Wir empfehlen uns zur Lieferung aller für die Milchwirtschaft erforderlichen Geräte, Maschinen und Hilfsmittel. Auf Wunsch stehen wir mit fachmännischem Rat und Auskunft gerne zur Verfügung.

Badischer Molkereiverband
Karlsruhe, Lauterbergstr. 3, Tel. 5207.

Ämtliche Bekanntmachung.
Den Ortsbauplan für die Stadt betr.

Der Stadtrat Karlsruhe beantragt eine Änderung des Ortsbauplans für das Gebiet zwischen Karl-Wilhelmstraße und Durlacher-Allée östlich der Metz- und Tullastraße.

Die hierüber aufgestellten Pläne liegen mit dem Verzeichnis der betr. Grundstücke und deren Eigentümer während zwei Wochen vom Tag der Ausgabe der diese Bekanntmachung enthaltenden Nummer der Zeitung auf dem Rathaus zur Einsicht der Beteiligten auf.

Die neuen Begrenzungen werden auf den Grundstücken durch ausgesteckte Pfähle und Profile ersichtlich gemacht.

Etwasige Einwendungen sind bei Ausschlußvermeidung binnen drei Wochen vom Tag der Auslegung an beim Bezirksamt oder beim Stadtrat hier schriftlich oder mündlich zu Protokoll geltend zu machen. 2.781

Karlsruhe, den 14. April 1919.
Bezirksamt. O.3. 141

Badisches Landestheater.

Im Konzerthaus:

Sonntag, den 20. April 1919:
nachmittags 2 Uhr: **„Im weißen Röhl.“**
abends 7 Uhr: **„Hoffmanns Erzählungen.“**

Montag, den 21. April 1919:
nachmittags 2 Uhr: **„Die fünf Frankfurter.“**
abends 7 Uhr: **„Eine Nacht in Venedig.“**

Wittwoch, den 23. April. 8 Uhr.
Volkstümliches Sinfonie-Konzert
der Kapelle des Landestheaters.

Mitwirkende: Margarete Brunsich u. Paul Trautvetter.

Vortragsfolge:

1. Feierlicher Marsch aus „Die Ruinen von Athen“ Beethoven.
2. Konzert für Violoncello Haydn.
Allegro moderato. Adagio. Allegro.
Paul Trautvetter.
3. Unvollendete Sinfonie in H-moll . . . Schubert.
4. Arie der Andromache aus „Achilleus“ Bruch.
(Noch lagert Dämm'rung) Margarete Brunsich.
5. Ouvertüre zu Tannhäuser Wagner.
Eintrittspreise: 1 M., 1.50 und 2 M.

Hohenfels:

„Gasthaus u. Pension“ 1/2 Stunde v. d. Stat. Albrück Post. Linie Basel-Konstanz. Teleph. Schönster Punkt des wildr. Albtales. Inmitten herrl. Tannwald. bietet Erholungsbedürftig angenehm. Aufenthalt. Gute Verpfleg. Bes.: Fritz Schlegel.

Beamten-Schule Oberdorf a. Neckar
Würtbg.
Fachschule für Damen u. Herren zur Ausbildung für d. Verwaltungs- u. Verkehrsdienst. Stellenvermittlung. Prosp. „Ka“ fr.

**Gummi- } Sauger, Beruhiger,
Spritzen, Bettstoffe**
Irrigatorschläuche usw., Ellroth-Batism
prima, sowie alle Artikel zur Krankenpflege
in nur bester Qualität

Sanitätshaus Wörner, Kleinert & Co.,
Karlsruh. 70, Karlsruhe, Ecke Augustastraße.

Soldaten!

Reidet Euch bei den Werbestellen des **Freiw. Landesjägerskorps**

in Heidelberg, Göthestraße 10, in Pforzheim, Marktplatz 3, in Donaueschingen, Gasthaus zum Bären.

Dort erhaltet Ihr **Fahrtausweis** nach dem **Sennelager**. Euer **Fahrtgeld** und die **Werbestellen** sowie zum Sennelager wird Euch **zurückgezahlt**, wenn Ihr die **Fahrtarten** in der **Annahmestelle Sennelager** vorzeigt.

Viele haben sich schon gemeldet. Eingestellt werden **Unteroffiziere** und **Mannschaften** aller Waffen die im Felde waren. Ferner **Ungeübte**, die das **17. Lebensjahr** vollendet, **1,60 m** groß, **80 cm** Brustumfang haben. **Fahrtausweise** werden **auf Wunsch** vom Sennelager **hervorgegeben**.

Freiw. Landesjägerskorps, Sennelager, Paderborn.

Aufforderung.

Die Firma **Gebrüder Fingado G. m. b. H.** ist in Liquidation getreten und der Unterzeichnete zum Liquidator bestellt. Die Abwicklung der Liquidationsgeschäfte geschieht unter der Firma **Kamenlohe G. m. b. H.** Ich fordere die Gläubiger der Firma **Gebrüder Fingado G. m. b. H.** auf, sich zu melden. 2.779

Mannheim (Friedenheimerstr. 1), den 1. April 1919.
H. Theo. Sauerbed.

Zentralheizungen
Sanitäre Entwässerungs-Rohranlagen
Reparaturwerkstätte

Jul. Röhler, Ing.,
vorm. W. Kiby,
Herrenstr. 48 Fernspr. 517

Altertümer
in Möbeln, Schmuck, Silber, Zinn usw. Kauf zu hohen Preisen

An- u. Verkaufsgeschäft
Neukam,
Lammstr. 6 im Hof, Tel. 3546

Zu kaufen gesucht **National-Kontroll-Kassen,** Totaladdierer, auch Mehrzähler. Barzahlung. Angebote erbeten unter G.79 a. d. Exped. d. Karlsruh. Ztg.

Versicherung gegen
Aufbruch
Plünderung
Raub

vermittelt gegen mäßige Prämien und coulante Bedingungen

Generalagentur der
„Allianz“ für Baden **Wilhelm Briese, Karlsruhe** Garstr. 44 b
Tel. 2705.
Generalagent **Saar,** Karlsruhe, Kaiserstrasse 243, Telephon 546.
Generalagent **Pfanner,** Karlsruhe, Hirschstrasse 51a, Telephon 2088.

Feuerlöschgeräte

Feuerspritzen, mechanische Feuerwehrlaternen, Hydranten- u. Rettungsgeräte, Schläuche, badische Normkupplungen, Gewinde, Mannschaftsausrüstungen u. sämtlichen anderen Bedarf für den Feuerschutz u. die Feuerwehren liefert:

Carl Metz, Karlsruhe i. B.
Feuerwehrgerätfabrik,
gegründet 1842 in Heidelberg.

Badische Kleider-Klinik
30 Zirkel 30 (gegenüber der „Bad. Presse“) **Telephon 4120**

Reparatur-, Bügel- und Reinigungs-Anstalt.

Umänderungen jeglicher Art werden unter Garantie für tadellosen Sitz ausgeführt. **Prompte Bedienung. Billige Preise.**

G96 **WOLF AMSTOWSKI.**

Schmuckfächer
aller Art und **Pfandscheine**
werden stets angekauft in **Weintraub**

An- und Verkaufsgeschäft
Kronenstr. 52, Tel. 3747

Brenn-Holz
Buchen, Eichen, Stedden, Berstohlen, Fichten, Tannen (Kieferholz), amtlich festgestellte Preise. Das Holz wird auf Verlangen von 1 Zentner an aufwärts geliefert. Ausgabestelle: **Gerwigstraße 53**

Fr. Kempermann
Tel. 3208
Brennholzgeschäft, Spaltstraße
Händelsfabrik
Gaststätte der elektrischen Bahn am Schützenhof.

Reisender

bei Gehalt und Provision.
Hesse & Haferkorn,
Erfurt.

Bürgerl. Rechtspflege

a. Streitige Gerichtsbarkeit.

2.743.2.1. Heidelberg Die Kaufleute **Edm. Romberg & Sohn** in Hamburg **Alfa Haus** Göttingerstraße, Prozeßbevollm. Rechtsanwältin **Dref. Helm & Rousfang** in Heidelberg, klagen gegen den Kaufmann **M. Littmann** in Karlsruhe, **Calca** Viktorie 61-63 unter der Behauptung, daß **Verlag** den Klägern aus **Barenkauf** den Betrag von **17502 M. 40 Pf.** schulde, mit dem Antrage auf kostenfällige, gegen Sicherheitsleistung vorläufig vollstreckbare **Verurteilung** des Beklagten zur **Zahlung** von **17502 M. 40 Pf.** nebst 5% **Zinsen** seit dem Klage-tag. Die Kläger laden den Beklagten zur **mündlichen Verhandlung** des **Rechtsstreites** vor die erste **Zivilkammer** des **Landgerichts** zu **Heidelberg** auf: **Wittwoch, den 2. Juli 1919, vorm. 9 Uhr**, mit der **Aufforderung**, einen bei dem **gedachten Gericht** zugelassenen **Anwalt** zu **bestellen**.

Heidelberg, 15. April 1919.
Der **Gerichtsschreiber** des **Landgerichts**.

2.745. Billingen. Kaufmann **Jakob Maurer** in Billingen hat das **Aufgebot** zum **Zwecke** der **Ausschließung** der **Gläubiger** über auf seinem **Grundstück** **Lgb. Nr. 621a** im **Grundbuch** **Billingen** **Band 12** **Seite 1**, **Abteilung III Nr. 1** und **eingetragenen** **Sicherungs-hypothek** für **Kauf-schilling** für a) **Wilhelm**

Schreiber und **Lukas** **Mai** von hier an **unbekannten** **Orten** mit **678.62 M.**, b) **Liese** **Schreiber** an **unbekannten** **Orten** **abwesend** mit **33.01 M.** gemäß § 1170 **B.G.B.** **beantragt**.

Die **Gläubiger** werden **aufgefordert** **spätestens** in dem auf **Dienstag, den 8. Juli 1919, vorm. 11 Uhr**, vor dem **Amtsgericht** **Billingen** **anberaumen** die **Aufgebotstermine** ihre **Ansprüche** und **Rechte** anzumelden, **widrigenfalls** ihre **Ausschließung** mit ihrem **Recht** **erfolgen** wird.

Billingen, 19. März 1919.
Gerichtsschreiber des **Amtsgerichts**.

2.763. Heidelberg. über das **Vermögen** des am 15. Juli 1918 **verstorbenen** **Badermeisters** **Heinrich** **Schneider**, **von** **Heidelberg**, **Handschuhheim** wurde heute am **16. April 1919, nachmittags 5.30**, das **Konkursverfahren** **eröffnet**.

Rechtsanwalt **Dr. Walter** **Degen** in **Heidelberg** wurde zum **Konkursverwalter** **ernannt**. **Konkursforderungen** sind bis zum **22. Mai 1919** bei dem **Gericht** anzumelden. Es wird zur **Beschlußfassung** über die **Beibehaltung** des **ernannten** oder die **Wahl** eines **anderen** **Verwalters** sowie über die **Bestellung** eines **Gläubiger-** **ausschusses** und **eintretenden** **Falles** über die im § 132 der **Konkursordnung** **bezeichneten** **Gegenstände**, **ferner** zur **Prüfung** der **angemeldeten** **Forderungen** **Termin** **vor** dem **Gericht** **am** **Donnerstag, den 5. Juli 1919, vormittags 11 Uhr**. **Allen** **Personen**, **welche** **eine** **zur** **Konkurs-** **masse** **gehörige** **Sache** in **Besitz** **haben** oder **zur** **Konkurs-** **masse** **etwas** **schuldig** **sind**, **wird** **aufgegeben**, **nichts** **an** **den** **Gemeinschafts-** **gläubiger** **zu** **berathen** **oder** **zu** **leisten**, **auch** **die** **Verpflichtung** **auferlegt**, **von** **dem** **Verfuge** **der** **Sache** **und** **von** **den** **Forderungen**, **für** **welche** **sie** **aus** **der** **Sache** **abgesonderte** **Befriedigung** **in** **Anspruch** **nehmen**, **dem** **Konkursverwalter** **bis** **zum** **10. Mai 1919** **Anzeige** **zu** **machen**.

Heidelberg, 16. April 1919.
Der **Gerichtsschreiber** des **Amtsgerichts** **III**.

2.764. Mannheim. In dem **Konkursverfahren** über das **Vermögen** der **offenen** **Handels-gesellschaft** **Firma** **H. Schlegel & Co.** in **Mannheim** ist zur **Prüfung** der **nachträglich** **angemeldeten** **Forderungen** **Termin** **auf** **Freitag, den 25. April 1919, vormittags 11 Uhr**, vor dem **Amtsgericht** **hier**, **II. Stod**, **Zimmer** **Nr. 114**, **anberaunt**.

Mannheim, 11. April 1919.
Gerichtsschreiber des **Amtsgerichts** **Z. 8**.

Aufgebot.

2.744.3.2.1. Mannheim. Der **Schneider** **Dskar** **Trenke** in **Unterprechtal** hat das **Aufgebot** des **Pfandbriefes** der **Allgemeinen** **Hypotheken-** **bank** in **Mannheim** **Serie** **42** **Litera** **B** **Nr. 164** über **1000** **Mark** **verjünglich** **zu** **3/4**, **1/2** **beantragt**.

Der **Inhaber** der **Ur-** **kunde** **wird** **aufgefordert**, **spätestens** **in** **dem** **auf** **Donnerstag, den 27. Novem-** **ber 1919, vorm. 11 Uhr**, vor dem **unterzeichneten** **Gericht** **II. Stod**, **Zimmer** **114** **anberaumen** **Aufgebotster-** **mine** **seine** **Rechte** **anzu-** **melden** **und** **die** **Urkunde** **vorzulegen**, **widrigenfalls** **die** **Kraftlos-erklärung** **der** **Urkunde** **erfolgen** **wird**.

Mannheim, 8. April 1919.
Abd. Amtsgericht **Z. 9**.

Fürsorgevermitt-
lungsstelle **betr.**

Wir suchen für die weibliche **Abteilung** des **Arbeits-** **amtes** **eine** **in** **Arbeiterinnen-** **und** **sozialen** **Fragen** **be-** **wanderte** **weibliche** **Kraft**, **die** **auch** **die** **Fürsorge-** **ver-** **mittlungsstelle** **für** **Arbeiter-** **innen** **zu** **föhren**, **und** **in** **der** **weiblichen** **Jugendpflege**, **vor** **allem** **in** **der** **Berufs-** **vormundtschaft** **tätig** **zu** **sein** **hätte**. **Der** **weiblichen** **Ab-** **teilung** **des** **Arbeitsamtes** **ist** **auch** **die** **amtliche** **Fürsorge-** **stelle** **für** **Kriegsinter-** **essenenfürsorge** **ange-** **gliedert**.

G.382

Bewerberinnen, **welche** **die** **oben-** **be-** **zeichnete** **Bildung** **haben**, **wirden** **erucht**, **ihre** **Bewerberunt** **beim** **Bürger-** **meisteramt** **Singen** **einzu-** **reichen**, **und** **zwar** **unter** **An-** **fügung** **von** **Lebenslauf**, **et-** **waiger** **Zeugnisse** **und** **un-** **ter** **Angabe** **der** **Gehaltsan-** **sprüche**.

Singen, 17. April 1919.
Bürgermeisteramt,
Forderung.

Beifuhr von Pflaster-
steinen.

Die **Wasser- und Straßen-** **baninspektion** **Karlsruhe** **ver-** **gibt** **in** **öffentlicher** **Ver-** **dingung** **die** **Beifuhr** **der** **für** **die** **Neupflasterung** **der** **Lin-** **denheimer** **Allee** **benötigten** **Stein-** **und** **Geopflaster-** **steinen**, **ab** **Station** **Karlsru-** **he** **Hauptbahnhof**, **Karlsru-** **he** **Weißbühnenhof** **oder** **ab** **Neurent** **nach** **der** **Baufstelle** **in** **zwei** **ungefähr** **gleich-** **großen** **Losen** **mit** **insge-** **samt** **1560** **Konnen** **Gewicht** **am** **24. April** **ds. Jrs.**, **vor-** **mittags** **10 Uhr**.

Angebote **wollen** **auf** **die-** **sen** **Termin** **schriftlich** **pos-** **tre** **mit** **der** **Aufschrift** **„Bei-** **fuhr** **von** **Pflastersteinen“** **ver-** **sehen**, **auf** **dem** **Geschäfts-** **zimmer** **Rebentacherstraße** **Nr. 23**, **wo** **auch** **die** **Be-** **dingungen** **zur** **Einsicht** **au-** **liegen**, **eingefandt** **werden**. **Zuschlagsfrist** **beträgt** **zwei** **Wochen**.

2.70221